



## Unionsfraktion begrüßt Energie-Schutzschirm im Grundsatz

Merz: „Preisschild ohne Instrument“

Unionsfraktionschef Friedrich Merz bewertet den 200 Milliarden Euro teuren Schutzschirm gegen den Energiepreisschock positiv wie negativ. Einerseits begrüßte Merz, dass die Bundesregierung nach langem Hin und Her „endlich zu Entscheidungen kommt“. Andererseits habe man nun aber ein „Preisschild ohne Instrument“. Es sei völlig unklar, wie die Koalition die Gaspreisbremse ausgestalten und die 200 Milliarden Euro einsetzen wolle.

„Die Zahl 200 Milliarden Euro überrascht uns einigermaßen“, sagte Merz. Es sei nicht nachvollziehbar, wie sie errechnet worden sei. Angesichts der Schwierigkeit, eine Gaspreisbremse zu gestalten, sieht er die Bundesregierung „am Beginn eines Gesetzgebungsmar-

thons“. Mit Blick auf die schweren handwerklichen Fehler, die die Bundesregierung bei der Gasumlage gemacht hat, zeigte der Fraktionschef sich skeptisch, was bei dem neuen Vorhaben herauskomme. Die Gasumlage hatte die Koalition buchstäblich in letzter Minute zurückgezogen.

Auch CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt erkannte an, dass das „Wirrarr ein vorläufiges Ende zu nehmen“ scheine. Er sehe aber „keinen Doppelwumms, sondern ein doppeltes Fragezeichen“, sagte Dobrindt in Anspielung auf die Formulierung des Bundeskanzlers.

Merz und Dobrindt bemängelten außerdem, Seite 2

## Josef Rief zum neuen Vorsitzenden des Deutsch-Georgischen Forums gewählt

Bei der Jahreshauptversammlung des Deutsch-Georgischen Forums in Berlin wurde der Biberacher CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Rief im Beisein des Georgischen Botschafters, Prof. Dr. Levan Izoria, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Josef Rief übernimmt die Aufgabe besonders gerne, da sein Wahlkreis intensive Beziehungen zu Georgien unterhält und die Stadt Biberach seit über 30 Jahren eine Partnerschaft mit der georgischen Stadt Telawi pflegt. „Ich habe mich sehr gefreut, den Vorsitz des Forums zu übernehmen. Ich war selbst mehrfach in Georgien und kenne den Botschafter Georgiens schon seit seiner Ernennung vor zwei Jahren. Es ist mir wichtig, die Partnerschaft und den Austausch unserer Länder zu vertiefen. Gerade der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat gezeigt, dass wir die Länder, die nach europäischen Werten streben und sich für Freiheit und Demokratie einsetzen, unterstützen müssen. Denn sie sind einer besonderen Gefahr ausgesetzt. Georgien ist von russischer Aggression seit nunmehr 29 Jahren in Abchasien und seit 2008 in Südossetien betroffen.



Dennoch setzt Georgien unbeirrt seinen Weg nach Westen fort. Auch wenn Georgien noch keinen Kandidatenstatus bei der EU erhalten konnte, hat das Land bereits große Anstrengungen unternommen, um eine engere Verbindung zu Europa aufzubauen.

Ich habe Botschafter Izoria das Programm der Georgischen Wochen in Biberach überreicht und ihn nach Biberach eingeladen“, so Josef Rief nach der Sitzung.

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

dass die Regierung keine Ausweitung der Stromkapazitäten angekündigt hat. Denn nur dies sei ein marktwirtschaftlicher Weg, die Strompreise zu senken, sagte Merz. Die Unionsfraktion spricht sich dafür aus, die

drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke bis 2024 laufen zu lassen, um die Stromproduktion zu steigern. ■

### Russland muss für seine Taten belangt werden

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat viele schreckliche Facetten. Nicht nur an der Front fordert er täglich Opfer. Auch die Zivilbevölkerung leidet in hohem Ausmaß unter russischer Gewalt. Die CDU/CSU-Fraktion lenkt nun das Augenmerk auf die Verschleppung ukrainischer Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen viele Kinder. „Wir müssen Russland stoppen, wir müssen dafür sorgen, dass das Grauen ein Ende nimmt“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johann David Wadehul.

Der Deutschland-Direktor von Human Rights Watch, Wenzel Michalski, gab bei dem Pressegespräch der Unionsfraktion einen Überblick über die verfügbaren Erkenntnisse. So erhielten ukrainische Zivilisten in umkämpften Gebieten oft nicht die Möglichkeit, in andere Teile ihres Landes zu fliehen, sondern werden zwangsweise in die russisch besetzten Zonen oder in das russische Kernland verbracht. Zuvor würden sie – oft unter schlimmsten hygienischen Bedingungen – in sogenannten Filtrationslagern gefangen gehalten, wo sie wie Verbrecher fotografiert, registriert und ausgefragt würden.

Michalski sprach in dem Zusammenhang von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ihm zufolge ist die genaue Zahl der Verschleppten nicht erfasst, doch sprächen russische Medien selbst

von über drei Millionen Menschen, darunter mehr als 550.000 Kinder, die nach Russland gebracht worden seien. Dabei brüste sich Moskau damit, dass diese Menschen freiwillig übersiedelt seien.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dorothee Bär nannte diese Art der psychologischen Kriegsführung unmenschlich und abstoßend. Sie gehe auf Kosten der Schwächsten, insbesondere der Kinder. Diese Kinder, die von einem Moment auf den anderen von ihren Eltern getrennt würden, blieben ihr Leben lang traumatisiert. Die Verschleppung und Umerziehung von Kindern diene dem Ziel, die ukrainische Kultur auszulöschen.

Nach Auffassung der Union muss Russland für diese Taten juristisch zur Verantwortung gezogen werden. So verlangte der menschenrechtspolitische Sprecher Michael Brand, dass die massenhaften Entführungen vor einem internationalen Tribunal untersucht werden. Für die Aufklärung der Verbrechen brauche es mehr finanzielle Mittel. „Die Schuldigen müssen identifiziert und bestraft werden“, betonte er.

Der rechtspolitische Sprecher Günter Krings erklärte: „Wir brauchen ein Sondertribunal.“ Man dürfe nicht nur die einzelnen Verbrechen verfolgen. Auch die russische Staatsspitze dürfe nicht ungeschoren davonkommen. Er habe kein Verständnis dafür, dass die Bundesregierung dieses Anliegen nicht unterstütze. ■



Anlässlich der Nachhaltigkeitstage des Bundestages haben Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit regionalen Lebensmitteln aus ihren Wahlkreisen für mehr Nachhaltigkeit geworben. Josef Rief brachte Knauzenwecken von der Bäckerei Wuchenauer aus Laubach bei Ochsenhausen. Die Schwäbische Brotspezialität aus Dinkelmehl ist ein Markenzeichen der Regi-

on. Josef Rief ist wichtig, auf die schwierige Situation der Bäcker in Deutschland hinzuweisen, die dringend Unterstützung bei den Energiekosten brauchen, damit dieses wertvolle Kulturgut erhalten bleibt. Nach der Veranstaltung wurden die Lebensmittel verpackt und an die Tafel gespendet.

(Gruppenfoto: CDU/CSU | Michael Wittig) ■